

Betriebsversammlung Daimler Düsseldorf: Geschäftsleitung weicht vor offener Konfrontation zurück

Düsseldorf (Korrespondenz), 20.03.17: Angesichts vieler weltpolitischer Unsicherheiten, zunehmender protektionistischer Entwicklungen wie in den USA, wachsender Konkurrenz auf dem Transportermarkt und weiteren Faktoren beschwor der Werkleiter Dr. Willy bei der ersten Betriebsversammlung 2017 im Daimler Sprinter-Werk in Düsseldorf nun müssen alle "an einem Strang ziehen". Kein Wunder, denn angesichts eines komplizierten Modellwechsels und Neuanlaufs sowie Parallelproduktion des Vorgängers von jetzt an bis 2020 ist Daimler besonders abhängig von der Schöpferkraft und Initiative der Belegschaft.

In dem Prozess soll ein Sprung in der Arbeitsproduktivität um 18 Prozent erreicht werden, was über 500 Arbeitsplätze aus Sicht des Vorstands überflüssig macht. Mit der Losung „Gemeinsam an einem Strang ziehen“ soll vor allem die Kritik, der Widerstand und das Selbstbewusstsein der Arbeiterinnen und Arbeiter besänftigt und eingeschläfert werden angesichts dieser Veränderungen, die auch eruptive Entladungen mit sich bringen können. Selbst der Betriebsratsvorsitzende Helmut Stengel betonte: „die Phase des Neuanlaufs ist keine Zeit für Kürzungsprogramme“ Er kritisierte besonders die Pläne der Werksleitung Teile der Logistik auszugliedern. Es war ein Zugeständnis diese im Konzern zu lassen, um den 24-Stunden-Streik von 5.000 Daimler-Kollegen in Düsseldorf im September 2014 gegen die Arbeitsplatzvernichtung abzuwürgen. Faktisch ist die Logistik an vielen anderen Standorten bereits ausgelagert.

Der Werkleiter enthielt sich daraufhin jeglicher Äußerung dazu. Das lässt den Schluss zu, dass solche Vorhaben erst nach dem für sie risikoreichen Modellneuanlauf auf die Tagesordnung kommen. Darin kam der größte Unsicherheitsfaktor für sie zum Vorschein: der Stimmungsumschwung und das wachsende Klassenbewusstsein der Industriearbeiter/Innen. Das kam in verschiedenen Beiträgen direkt und indirekt zum Ausdruck und bestimmte maßgeblich die Diskussion.

- Die Persönlichkeitswahl zur BR-Wahl 2018 ist der große Wunsch der Belegschaft um direkter demokratisch die Zusammensetzung des BR zu wählen. Alle musste sich dazu positionieren und es als Votum der Belegschaft akzeptieren. Jeder der dagegen handelt, wird sich dafür rechtfertigen müssen.

- Die Frage der Aufstellung der Sicherheitsliste der IG Metall in einer Urwahl aller IGM-Mitglieder wurde beworben und gewinnt mehr Anhänger, um auch bei einer Listenwahl sich seinen kämpferischen BR selbst zu wählen. Dies ist beides Ausdruck der wachsenden Kritik an der negativen Klassenzusammenarbeit, die sich auch bis hin zur Auflösung und Spaltung der bisherigen IGM-BR-Fraktion zeigt. Der Hintergrund ist dass führende BR-Leute eigene Listen aufstellen wollen. Ein Kollege betonte die Herausforderung mit der Umstellung auf elektrischen Antrieb den Kampf um jeden Arbeitsplatz zu führen. Zetsche (Vorstandsvorsitzender von Daimler) hat die Samthandschuhe ausgezogen und offen erklärt, dass er kein Interesse daran hat Arbeitsplätze im Unternehmen zu halten. So wurde deutlich, bei dieser BR-Wahl wird es auch um eine politische Richtungsentscheidung gehen: Gewerkschaften als Kampforganisationen oder Co-Manager? Ein weiterer Kollege stellte selbstbewusst vor, das er gemeinsam mit anderen Kollegen 160 Unterschriften für die Erweiterung des Fahrradparkplatz gesammelt hat. Darin kommt auch die wachsende selbständige Initiative zum Ausdruck, sich das, was über Monate gefordert wird, auch zu erkämpfen und sich nicht verträsten zu lassen.

Diese wachsende Konsequenz ist auch eine hervorstechende Eigenschaft des gewachsenen Selbstbewusstseins, auch wenn es sich noch nicht so klar auf alle wesentlichen Fragen bezieht, wie die faktische 6-Tage-Woche seit Jahren (durch unzählige Samstagsschichten), die Aushebelung jeglicher Leiharbeiterquote usw.

Die Aufhebung der Leiharbeiterquote Ende 2016 analysierte eine Kollege treffend als Gegenstück zum Eckpunktepapier von Dezember 2014. Im Eckpunktepapier war verkündet worden dass "nur 650" statt 1.800 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Damit wurde damals der Kampf um die

Arbeitsplätze abgewürgt. Offensichtlich wurde und wird aber intern an diesem massiven Arbeitsplatzabbau festgehalten, nur soll der über Leiharbeiter vollzogen werden. Und genau deshalb musste aus Sicht des Vorstands die Quote ganz aufgehoben werden. Leiharbeiter werden dann nicht „entlassen“, sondern nur „abgemeldet“. „Wir sind aber alle Arbeiter, hier dürfen wir keine Unterschiede machen“ wofür er großen Applaus erhielt. Darin kam zum Ausdruck, dass der Konflikt 2014 nur vertagt wurde und wir uns auf neuer Grundlage darauf einstellen müssen. Ein weiterer Kollege kritisierte an verschiedenen Vorgängen, dass Umwelt- bzw. Gesundheitsschutz nicht ausreichend ernst genommen wird, sondern sowie Fake-clean Diesel produziert werden, auch Fake-Gesundheitsschutz-Untersuchungen gemacht werden. So wurde jahrelang ein Trennmittelöl beim Schweißen verwendet, das gar nicht zugelassen war. Statt Aufklärung werden die Arbeiter vertröstet und hingehalten. Der Kollege wies mit einer aus eigener Tasche bezahlten Blutuntersuchung erhöhte Schwermetallbelastungen nach und forderte konkrete Maßnahmen und die Übernahme der Kosten durch Daimler.